

7. Menschenrechte von LSBTI in der Entwicklungszusammenarbeit und Außenpolitik fördern!

7.3 Wie beabsichtigen Sie, das diplomatische Personal einschließlich der Botschafter*innen stärker für die Menschenrechte von LSBTI zu sensibilisieren?

Union



„Die Fragen VII 1., 2. und 3. werden zusammen beantwortet.

Die vernetzte Außenpolitik Deutschlands muss aus Sicht von CDU und CSU auf Werten basieren. Uns ist dabei der wichtigste Wert die Würde des Menschen und unser Eintreten für die Menschenrechte. Dazu gehört auch der Einsatz für bedrängte und verfolgte Minderheiten. Leider gehören in vielen Regionen dazu immer noch Menschen, die wegen ihrer sexuellen Orientierung verfolgt oder bedrängt werden. Wir wollen, dass auch in Zukunft die Vertreter sowohl des deutschen Auswärtigen Dienstes, als auch des Europäischen Auswärtigen Dienstes bilateral und auch in multilateralen Forum wie dem VN-Menschenrechtsausschuss für die Rechte von Schwulen und Lesben eintreten. Wir setzen uns dafür ein, dass sie noch besser für diese Aufgabe sensibilisiert werden. Wir setzen uns auch künftig für die finanzielle Ausstattung von Programmen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit für bedrängte und verfolgte Minderheiten einschließlich Schwulen und Lesben ein. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) wird auch künftig zusammen mit den Fach- und Haushaltspolitikern prüfen, welche Institutionen am besten geeignet sind, diese Aufgabe zu erfüllen.“

SPD



„Viele Botschaften und EU-Missionen setzen die menschenrechtlichen Leitlinien der EU – u.a. jene zur Förderung und zum Schutz der Ausübung aller Menschenrechte durch LGTBI-Personen - mit großem Engagement um und erstellen menschenrechtliche Länderstrategien. Die Förderung und der Schutz der Menschenrechte sind ein immer wichtigerer Aspekt der auswärtigen Politik und der gesellschaftlichen Diskussion geworden. Deshalb auch spielen diese Themen eine immer wichtigere Rolle in der diplomatischen Ausbildung und Vorbereitung auf einen Ländereinsatz. Wir setzen uns seit langem dafür ein, dass die Menschenrechte Leitlinie des Handelns in allen politischen Feldern sein muss. Daher müssen verstärkt menschenrechtliche Trainingsmodule in der Politik angeboten werden. Dies betrifft nicht nur das Auswärtige Amt.“

Linke



„Der Wandel der Verwaltungen sollte auch hier mitgedacht werden. Weiterbildungen mit der Hirschfeld-Eddy-Stiftung zu Sensibilisierung der Mitarbeiter sind aus Sicht der LINKEN sinnvoll. Des Weiteren bedarf es konsequenten Diversity-Module in der Aus- und Weiterbildung des diplomatischen Personals und um der Hegemonie der Heteronormativität in der Verwaltung entgegenzuwirken bedarf es außerdem einer proaktiven Einstellungspolitik. Um es LSBTI-Mitarbeiter muss aktiv geworben werden.“

Die Grünen



„Die Fragen im Abschnitt 7 werden gemeinsam beantwortet:

Mit den Yogyakarta-Prinzipien wurde 2007 erstmalig ein umfassender Katalog der Menschenrechte in Bezug auf die sexuelle Orientierung und die geschlechtliche Identität vorgelegt. Zudem wurden Handlungsempfehlungen an die Regierungen der Staaten ausgesprochen. Viele Regierungen haben diese Prinzipien als Grundlage ihrer Außenpolitik akzeptiert. Dies wollen wir auch für Deutschland erreichen.

Deutsche Menschenrechtspolitik muss eine klare Position beziehen gegenüber Ländern, die Menschenrechte von Schwulen, Lesben, Bisexuellen und Transgender mit Füßen treten. Gerade angesichts der früheren Verfolgung Homosexueller in unserem Land hat Deutschland eine besondere Verantwortung, Menschenrechtsverteidiger*innen aktiv zu stärken, auch durch finanzielle Unterstützung der hier bereits erfolgreich tätigen zivilgesellschaftlichen Hirschfeld-Eddy-Stiftung. Auch seine Mitgliedschaft im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen muss Deutschland für die Stärkung der Rechte von LSBTI weltweit nutzen.

Die Menschenrechte von LSBTI müssen integraler Bestandteil der Außenpolitik und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sein. Daher unterstützen wir ein LSBTI-Inklusionskonzept. Ein Schwerpunkt muss die massive Unterstützung von internationalen Bemühungen zur Abschaffung der Kriminalisierung von Homosexualität sein – im Rahmen der Vereinten Nationen wie bei sämtlichen bilateralen Kontakten mit Staaten, die noch an der Strafverfolgung von Homosexualität festhalten. Gleichzeitig muss die deutsche Außenpolitik auf bilateraler wie multilateraler Ebene jeder Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Trans* Menschen entgegenreten. Dazu gehören Bemühungen gegen grassierende Gewalt und dagegen, dass Täter oftmals keine Strafverfolgung zu fürchten haben. Klare Stellung beziehen muss die deutsche Politik auch gegen Einschränkungen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit. In den auswärtigen Beziehungen und in der Entwicklungszusammenarbeit muss mit Nachdruck auf die Einhaltung der Menschenrechte gepocht werden. In der Entwicklungszusammenarbeit, und dort insbesondere in HIV-Präventionsprogrammen, muss darauf geachtet werden, dass auch Homosexuelle und Trans* Menschen in eine Präventionsstrategie integriert sind.

Wir wollen unsere Botschaften dazu nutzen, die Menschenrechtsverteidiger*innen vor Ort zu schützen und mit Wissen und juristischem Sachverstand zu unterstützen. Mittelfristig soll es an allen Botschaften jeweils eine Kontaktstelle für Aktivist*innen geben, die sich für die Menschenrechte einsetzen. Die Botschaften sollten zudem stärker von ihrem Recht Gebrauch machen bei Strafprozessen als Beobachter vor Ort zu sein und die Angeklagten zu unterstützen. So erfüllen die deutschen Auslandsvertretungen ihre Funktion als Wächter von Menschenrechten und helfen Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren. Diese Dokumentation sollte sich auch in den offiziellen Länderberichten wiederfinden.“

FDP



„Schon in der Ausbildung für den Dienst im Außenministerium und im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung muss die Sensibilität für die besonderen Herausforderungen der Menschenrechtsarbeit mit und für LSBTI verstärkt vermittelt werden. Notwendig ist es zudem, die Anweisung an alle deutschen Botschaften und Konsulate, regelmäßig über die Situation von LSBTI zu berichten,

„Blockaden brechen – Respekt wählen! Gemeinsam für Freiheit und gleiche Rechte“
Wahlprüfsteine des LSVD zur Bundestagswahl 2017

aufrechtzuerhalten und in der Praxis umzusetzen. Die Botschaften sind gefordert, das Thema aktiv zu unterstützen und sichere Plätze für LSBTI-Aktivitäten anzubieten. Deutsche Diplomat*innen stärken LSBTI-Menschenrechtsverteidiger*innen den Rücken, wenn sie diese durch Präsenz bei deren Aktivitäten an ihrem diplomatischen Schutz teilhaben lassen.“

AfD



„Auch im Ausland treten wir für eine Entkopplung der LSBTI-Fragen von der Ideologie des Gender-Mainstreaming ein. Wir werden generell größte Anstrengungen zum Schutz von Menschenrechten anstreben. Den LSBTI fällt hier keine Sonderrolle zu.“

Legende



super



ja



vage



nein



gefährlich